

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeitspalte 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 35 mm breite Anzeigenspalte im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Kioskanzeige und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen anderer Anzeigen in

Samstag

17
Mai

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachlag. Jede Nachlagbewilligung wird hinfällig bei gerichtlicher Bestreitung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Täglich 9.50 Mark. Anzeigenannahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 1/9 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 76 - 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Dr. Kleinbühl, Königstein im Taunus.
Postfach 101; Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Ämtliche Bekanntmachung.

Von morgen Sonntag wird Hauptstraße 19 zu Königstein eine Zeitungsagentur eröffnet werden. Der Eintritt ist jedem frei. Alle französischen Tageszeitungen, illustrierte Zeitschriften, Geschäfts- und Industrieverzeichnis stehen dem Publikum zur Verfügung. Der Angestellte wird jede Auskunft, welche das Publikum wissen möchte, erteilen. Man wird auch dort Zeitungen, Zeitschriften und Bücher kaufen können. Die Zeitungen werden Sonn- und Feiertags um 7 1/2 Uhr, Wochentags um 5 1/2 Uhr verkauft.

Der Saal ist Sonn- und Feiertags von 10—12, 5—7 1/2 Uhr, Wochentags von 10—12, 5—7 Uhr offen. Samstags geschlossen.

Personen, welche französische Zeitungen und Zeitschriften regelmäßig kaufen wollen, sind ersucht, sie gleich zu bestellen.

L'Administrateur militaire du Cercle de Königstein.

Um den Frieden.

Während die Regierung die Lösung ausgab, daß auf die vorliegenden Friedensvorschläge weder mit Ja noch mit Nein geantwortet werden solle, sondern daß man in Verhandlungen zu kommen suche, hat sich die Stimmung des Volks bereits unter dem Eindruck der überdachten Einzelheiten des uns Zugemuteten stark nach der Richtung des Nein entwickelt. Wohl sieht sich die Regierung in dieser Stimmung bereits um einen Grad weiter getrieben, als sie selbst für ihre Politik des Abwiegens zu Verhandlungsmöglichkeiten gewünscht haben dürfte. Die Ansicht, daß man letzten Endes auch ohne wesentlichen Verhandlungserfolg besser daran tue, dennoch zu unterzeichnen, ist, wie bereits gemeldet, vom Kabinett abgelehnt worden. Wenn nun das Gerücht ging, von den Demokraten und dem Zentrum sei den sozialdemokratischen Regierungsmännern eine Art Ultimatum, um diesen Standpunkt zu erreichen, gestellt worden, so ist diese angebliche Krise in aller Form bereits in Abrede gestellt worden. Tatsächlich sind auch Sozialdemokraten in der Regierung zum größten Teil von sich aus, nicht nur auf dem Wege des schließlichen Kabinettsbeschlusses, zu dieser Auffassung gelangt. Neuerdings ist aber plötzlich wieder die Frage einer Volksabstimmung über Ja oder Nein in den Vordergrund geschoben worden. So in einem Artikel des „Vorwärts“ und in anderen sozialdemokratischen Blättern.

Von einer der Regierung nahestehenden mehrheitssozialistischen Seite wird zwar ausdrücklich versichert, daß diese Artikel in jeder Beziehung private Erzeugnisse seien, daß aber die Sozialdemokraten nach wie vor auf dem Boden einer Volksabstimmung stünden. Dieser Standpunkt erscheint auch dadurch nicht gerechtfertigt, daß nach den Beschlüssen der sozialdemokratischen Organisationen im Zusammenhang mit der Stimmung der Bürgerkreise diese Friedensbedingungen durch ein Referendum mit 90 v. H. Sicherheit abgelehnt würden, und der Eindruck auf die gesamte übrige Welt durch ein Volksabstimmung nachhaltiger wäre. So sehr wir dieses Erwachen des deutschen Volkes begrüßen: die Verantwortung, solche Aufgabe mit Ausschaltung aller Stimmungseinflüsse in besserer Kenntnis der Hilfskräfte unseres Volkes die sachliche Entscheidung zu treffen, können Kabinett und Nationalversammlung nicht von sich abschütteln.

Selbstverständlich erfordert dies für das Kabinett hundertfache Erwägungen, die auch, wie wir zu wissen glauben, mit dem Ausdenken aller Folgen und Forderungen für die in diesem Falle nächstbeteiligten Regierungsmitglieder wohl schon gepflogen werden. Eine Volksabstimmung aber wäre nicht etwa eine Entlastung für die Folgen, sondern ein klägliches Abwälzen der einer Regierung als ihre ureigenste Arbeit übertragener Verantwortung. Es erübrigt sich, alle die anderen, an dieser Stelle schon ausführlicher erörterten moralischen Gegengründe gegen eine Volksabstimmung noch einmal aufzuführen.

Eine neue Kabinettsitzung.

Berlin, 15. Mai. Heute fand von neuem eine Kabinettsitzung statt, in der besonders die Gebietsfragen des Friedensvertrages durchbesprochen wurden. Dann wurde auch mit Befriedigung festgestellt, daß die gewaltigen Volkskundgebungen gegen den Gewaltfrieden nicht in eine

schmähende Kritik der versöhnlichen Politik Wilsons ausgeartet sind.

Ludendorff über die Friedensbedingungen.

Amsterdam, 15. Mai. Der Berichterstatter des „Daily Chronicle“ hat von General Ludendorff schriftlich dessen Meinung über die Friedensbedingungen eingeholt. General Ludendorff telegraphierte, diese Bedingungen für das deutsche Volk seien unannehmbar. Amerika insbesondere habe gegen die Grundsätze Wilsons verstößt.

Warnung zur restlosen Pflichterfüllung.

Düsseldorf, 16. Mai. Der Reichskommissar für Volksernährung hat an den Regierungspräsidenten folgendes Telegramm, das die städtische Verwaltung zur allgemeinen Kenntnis bringt, gerichtet:

Die schwere Enttäuschung über die Friedensvorschläge darf unser leidendes Volk nicht zur Verzweiflung bringen. Mehr denn je ist deshalb restlose Pflichterfüllung für jeden Beamten und jeden Landwirt hartes Gebot. Die Volksernährung darf nicht zusammenbrechen, der Hunger darf unser Elend nicht vergrößern. Ich bitte Sie, Ihren ganzen Einfluß in diesem Sinne bei jedem einzusetzen, der zur Mitarbeit berufen ist.

Die Unabhängigen und die Bedingungen.

Berlin, 16. Mai. Beim Reichspräsidenten sind neuerdings mehrere Telegramme eingegangen, die zeigen, daß Organisationen der Unabhängigen sich rüchhaltiglos den Protesten gegen die Verbandsbedingungen und der Forderung, die Unterschrift unter diesen Bedingungen zu verweigern, anschließen. So besonders aus Goldap und Bernburg. So wie aus den eigenen Reihen, und zwar von der Seite, die sich in erster Linie durch die harten Friedensbedingungen getroffen fühlt, widersprochen.

Weitere Deutsche Noten in Sicht.

Dem Büro „Europa-Press“ wird aus Versailles gemeldet, daß die deutsche Friedensdelegation zwei weitere Noten ausarbeite, die sämtliche Punkte des Friedensvertrages berühren. Die nächste Note dürfte Elsaß-Lothringen und die östlichen Gebiete betreffen.

Eine Antwortnote der Alliierten.

Savas berichtet: Die Antwort der Alliierten auf die deutsche Note, die vor den drei Noten des Grafen Broddorff-Rantzau übergeben worden war, wurde Graf Broddorff-Rantzau überreicht.

Die Verhandlungen in Versailles.

Berlin, 16. Mai. Es liegt eine Antwortnote Clemenceaus auf die Note der deutschen Delegation zur Arbeiterfrage vor. Die von deutscher Seite angeschnittenen Fragen erfahren eine durchaus geblühende Behandlung. Die Frage der Beteiligung der Deutschen bei der internationalen Regelung der Arbeiterfrage wird mit dem Hinweis darauf beantwortet, daß nach dem Friedensvertrag Deutschland erst die Bedingungen zur Ausnahme in den Völkerbund erfüllen müsse. In der Antwortnote Clemenceaus auf die deutsche Arbeiterrechtsnote befindet sich eine sehr interessante Stelle. Es wird da zum erstenmal von einem „Entwurf der Friedensbedingungen“ gesprochen, während es bisher nur „Text der Friedensbedingungen“ hieß. Damit ist zum erstenmal die Abänderlichkeit des vorgelegten Friedensentwurfes von dem Verband anerkannt. Zugleich wird aber betont, daß von den Alliierten den Arbeitern kein Selbstbestimmungsrecht zugesprochen wird.

Die deutschösterreichische Friedensabordnung.

Aus Paris wird gemeldet: Die österreichische Abordnung wird am Mittwoch morgen in St. Germain erwartet. Die Unterzeichnung der Vollmachten wird einige Tage in Anspruch nehmen. Die offizielle Mitteilung der Friedensbedingungen wird nicht vor nächste Woche erfolgen. Der Rat der zehn, zu dem auch Marino und Juin gehören, hat endgültig die Grenzen von Österreich festgestellt und wird weiterhin noch eilige dadurch von Österreich abgetrennte Gebiete unter die Alliierten verteilen.

Im Falle der Nichtunterzeichnung.

Versailles, 16. Mai. Die Pariser Presse ist noch immer mit dem Beschluß der Nationalversammlung beschäftigt. Sie ländigt die Vorbereitung strengster Blockademagnahmen im Falle der Nichtunterzeichnung an.

London, 16. Mai. Die „Times“ meldet aus Paris:

Der Einmarsch in Deutschland im Falle der Weigerung wird sich nicht nur auf Westdeutschland beschränken. Polnische Truppen stehen an der Osgrenze und tschechische Truppen an der Südostgrenze in mobiler Stärke zur Verfügung der Entente.

London, 16. Mai. „Daily Express“ meldet aus Paris: Im Falle der Nichtannahme des Friedensvertrages durch Deutschland werden die Alliierten den Waffenstillstandsvertrag mit dreitägiger Frist kündigen. Der entsprechende Entschluß der Alliierten wurde in der Montagssitzung gefaßt.

Politische Rundschau.

Die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen.

Die im Friedensvertrag vorgesehene Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen in den Verbandsländern stellt unsere Regierung angesichts der zerrütteten Verkehrsverhältnisse und der wirtschaftlichen Lage Deutschlands vor eine sehr schwere Aufgabe. Sie kann nur durch die Zusammenarbeit mit den Alliierten gelöst werden. Auf eine Bitte der deutschen Unterkommission für Kriegsgefangene in Spa, über die Rückführung dieser Kriegsgefangenen in unverbindliche Besprechungen einzutreten, teilte General Dubant am 13. Mai mit, diese Frage könne ja in Deutschland schon jetzt studiert werden. Eine unmittelbare Stellungnahme der beiderseitigen Delegierten soll aber erst später erfolgen.

Neue Oberpräsidenten.

Der Gewerkschaftsführer Rürbis von der sozialdemokratischen Partei ist zum Oberpräsidenten in Schleswig-Holstein, und das Mitglied der Preussischen Landesversammlung Schenck von der demokratischen Partei zum Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen ernannt worden.

Ministerialdirektor Wärmeling vom Reichswirtschaftsamt wurde zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen ernannt. Dieser gehört zum Zentrum.

Lokalnachrichten.

Königstein, 17. Mai. Am kommenden Sonntag findet auf der Billtalhöhe ein Spiel zwischen der 1. und 2. Mannschaft des hiesigen Fußballklubs statt. Das Spiel beginnt um 3 Uhr und haben sämtliche aktive Mitglieder zu erscheinen.

* Quarantäne Griesheim. Auf die verschiedenen Gesuche, die Quarantäne im Lager Griesheim aufzuheben oder zu beschränken, hat General Mangin dem Abschnittskommandeur mitgeteilt, daß die Quarantäne im Lager Griesheim auf die Dauer von drei Tagen herabgesetzt ist. Diese Maßregel tritt sofort in Kraft.

* Der amerikanische Speck. Der jetzt in Deutschland zur Verteilung kommende amerikanische Speck fällt empfindlichen Leuten durch einen sonderbaren Geruch und abweichenden Geschmack auf. Diese Eigenschaften des Speckes sind jedoch, wie die „Allg. Fleisch-Ztg.“ angibt, keineswegs nachteilig. Der größte Teil des Speckes stammt von schweren fetten Schweinen, hat in keiner Weise gelitten und zeigt schöne weiße Farbe. Der von unserer deutschen Ware abweichende Geruch und Geschmack hat dreierlei Ursachen. Eine solche ist erstens die Rasse und Mastung der Schweine, die zweite ist die reichliche Behandlung des Speckes mit Boräure. Die dritte Ursache für den eigentümlichen Geruch und Geschmack des Speckes beruht auf der Einwirkung während des Transportes in den Lagerräumen der Riesendampfer. Wird den Verkäufern durch entsprechende Laravergütung die Möglichkeit geboten, den amerikanischen Speck abzuwaschen und mit gutem Räuchermaterial zu räuchern, so wird damit ein Produkt gewonnen, das für die Ernährung des deutschen Volkes von größter Bedeutung ist. Kleine Mengen Speck, die gelbliche Färbung besitzen, rühren von kleinen Schweinen her und haben offenbar lange gelagert.

* Der Viehbestand in Preußen. Aus den amtlichen Ziffern über die Viehzählungen in Preußen von 1914—1918 geht hervor, daß wertvolle, schwer zu ersetzende Bestände an Rindvieh bis zum Sommer 1917 mit 12 1/2 Millionen Stück im wesentlichen intakt erhalten werden konnten. Die letzten anderthalb Jahre haben

